

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a.:

- Heutige Bauernregel-Sendung auf WDR
- Schweinepreise
- REWE sponsert Ringelschwänze
- Milchbäuerin trifft Bundesumweltministerin
- Geflügelpest-Verbreitung
- Klage gegen Straathof-Agrarfabrik-Genehmigung
- Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen
- Protest gegen „Wiesenhof“
- Brasilianischer Gammelfleisch-Skandal
- Diffamierung von Kälbern als „Lügner“?!
- ISN zu grünem Agrar-Wahlkampf
- Bioziegen-Fall bei Bioland
- „Biokompost“- Ackerbelastung
- „Die Einzelkuh“

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 23.03.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Starkregen, Hitze und Hagelschlag

Landwirte haben ein enges, ja geradezu zwingendes Verhältnis zum Wetter. Das drückt sich nicht zuletzt in zahlreichen alten Bauernregeln aus.

Sendehinweis: Neugier genügt | 23.3.17, 10.05 - 12.00 Uhr | WDR 5

Landwirte haben ein enges, ja geradezu zwingendes Verhältnis zum Wetter. Das drückt sich nicht zuletzt in zahlreichen alten Bauernregeln aus, die durch eine umstrittene Werbekampagne der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wieder Aufmerksamkeit erfahren haben. Lange galten sie als überholt, doch sie basieren auf Wetterbeobachtungen, die schon immer für Landwirte überlebenswichtig waren. Es gibt wohl kaum einen Wirtschaftszweig, der mehr vom Wetter abhängig ist als die Landwirtschaft.





Autorin: Susanne Kabisch - Redaktion: Jessica Eisermann

<http://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/neugier-genuegt/bauernregeln-104.html>

FOODKAUFLAND ANGEBOTE:

„halbes Schwein - grob zerlegt, in zwei gratis tragetaschen für 1,99 das kg“

LSZ Boxberg : Schweinereport

Thema	Datum
 Schweinereport Baden-Württemberg 2015/2016 – Schweinemastbetriebe Teil 2: Ökonomische Auswertung	22.03.2017
Ökonomisch betrachtet war das Wirtschaftsjahr 2015/16 in der Schweinemast nicht wesentlich besser als das unterdurchschnittliche Vorjahr. Deutliche Veränderungen gab es weder auf der Erlös- noch auf der Kostenseite.	
 Schweinereport Baden-Württemberg 2015/2016 – Schweinemastbetriebe Teil 1: Biologische Leistungen	22.03.2017
Die biologischen Kennzahlen der teilnehmenden Betriebe mit Schwerpunkt Schweinemast im Wirtschaftsjahr 2015/16 sind ausgewertet. Die täglichen Zunahmen konnten im Durch-schnitt auf 750 g gesteigert werden.	
 Schweinereport Baden-Württemberg 2015/2016 – Ferkelerzeugerbetriebe Teil 2: Ökonomische Auswertung	22.03.2017
Ökonomisch betrachtet war das Wirtschaftsjahr 2015/16 für die Ferkelerzeuger ähnlich durchwachsen wie das Vorjahr. Ferkelerlöse und deren Erzeugungskosten änderten sich nicht wesentlich.	
 Schweinereport Baden-Württemberg 2015/2016 – Ferkelerzeugerbetriebe Teil 1: Biologische Leistungen	22.03.2017
Die biologischen Kennzahlen der teilnehmenden Ferkelerzeugerbetriebe im Wirtschaftsjahr 2015/16 sind ausgewertet. Im Durchschnitt wurden 25,4 Ferkel je Sau und Jahr abgesetzt	

REWE - 22.03.2017:

Mehr Tierwohl bei Schweinen: Ferkel behalten Ringelschwanz

REWE Group stellt Mastbetrieben Fördergelder zur Verfügung

Die REWE Group setzt in einer engen Kooperation mit den beiden Bauernverbänden NRW, dem Landwirtschaftsministerium und der Landwirtschaftskammer NRW ein Leuchtturm-projekt um, bei dem rund 60 schweinehaltende Betriebe bei Ferkeln auf das routinemäßige Kürzen des Schwanzes verzichten. Den meisten Ferkeln werden in der konventionellen Tierhaltung innerhalb der ersten vier Lebensstage die Schwänze gekürzt, um das Auftreten von Schwanzbeißen zu verhindern oder zumindest das Risiko zu minimieren.

„Der unversehrte Ringelschwanz bei Schweinen ist ein geeigneter Indikator dafür, dass es dem Schwein während seiner Lebensdauer gut ergangen ist. Wenn Haltungsbedingungen wie Management und Fütterung entsprechend den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden, können Stress und gegenseitiges Schwanzbeißen reduziert werden“, sagt Nina Flechtker, Funktionsbereichsleiterin Nachhaltigkeit Ware bei der REWE Group.

Das Pilotprojekt sieht vor, dass die Tiere intensiver beobachtet und anders gefüttert werden. Dadurch will man Risikofaktoren minimieren, damit die Tiere nicht dazu neigen, sich gegenseitig anzubeißen. Dabei erhalten diese Tiere schon in der Aufzucht Wühlerde, Luzerneheu oder Stroh, was die Tiergesundheit unterstützt und zusätzlich als Beschäftigungsmaterial dient. Ferner werden offene Tränke-/Wasserstellen (neben den sonst nur üblichen Nippeltränken) installiert.

Das Unternehmen zahlt den beteiligten Landwirten für die Mast von Schweinen mit ungekürzten Schwänzen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 18 Euro für jedes Tier. Zusätzlich erhält der Mastbetrieb einmalig einen Betrag über 500 Euro. Dieser Betrag ist für weitergehende Untersuchungen oder Spezialberatungen zu verwenden. Die REWE Group unterstützt und fördert solche Tierwohlentwicklungen mit dem langfristigen Ziel, das Fleisch aus solchen Leuchtturmprojekten in REWE Märkten gesondert zu vermarkten.

22. März 2017 – Alexandra Endres- ZEIT ONLINE:

Milchbauern: Sonne für Kühe

Niedrige Milchpreise, die Kosten, neue Auflagen – wie sollen Landwirte das stemmen? Bäuerin Anneli Wehling hat der Umweltministerin geschrieben. Barbara Hendricks kam.

Anneli Wehlings Kühe stehen in einem offenen Stall. Sie sollen das Tageslicht sehen, spüren, wenn es regnet, und frische Luft bekommen. Im Sommer dürfen sie auf die Weide. Wehling möchte, dass es ihren Tieren gut geht. Das ist der

Milchbäuerin wichtig – und es ist bedeutsam, das mit dem Stall zu erwähnen, denn seinetwegen besucht Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Wehlings Hof.

... Wehling hat sich einst aus Begeisterung für die Tiere für ihren Beruf entschieden. Inzwischen aber fragt sie sich, ob ihre Arbeit noch einen Sinn hat. Darüber will sie mit Ministerin Hendricks sprechen.

... im Dorf selbst gibt es nicht mehr viele Milchbauern. Fünf seien noch übrig, sagt die Bäuerin, und bald werden davon – mit Glück – nur noch zwei bleiben. Der Betrieb der Wehlings aber soll überleben: Sohn Jakob, 25 Jahre alt, und seine Freundin Janine, haben beide Landwirtschaft an der nahen Fachhochschule Rendsburg studiert. Sie wollen den Hof der Familie übernehmen.

Kuhställe ohne Tageslicht – für das Klima?

Wehlings planen für die Zukunft: In diesem Jahr wollen sie ihren Kuhstall ausbauen. Aber sie fragen sich auch, ob sie die nötigen Investitionen überhaupt noch stemmen können. **Das Problem ist der seit Jahren extrem niedrige Milchpreis, der es immer schwieriger macht, die Betriebskosten zu decken.** "Wir produzieren so billig wie möglich", sagt Anneli Wehling. "Der Lebensstandard unserer Gesellschaft, dass die Leute sich so viel leisten können, Smartphones, Wochenendflugreisen – das ist doch nur dadurch möglich, dass Nahrungsmittel so billig sind." Die Bauern aber kämen kaum über die Runden. "Irgendwas läuft da schief."

Ein weiteres Problem, so fürchtet die Familie, könnten auch die immer strengeren Umwelt- und Klimaschutzauflagen sein, und der Aufwand, den sie betreiben müssen, um diese einzuhalten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die deutschen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Auch die Landwirtschaft soll dazu beitragen. Die Verdauung der Kühe, ihr Mist und ihre Gülle, die Herstellung von synthetischem Dünger und auch natürliche Prozesse in den Ackerböden verursachen klimaschädliche Emissionen. Die gilt es einzudämmen. Aber wie?

Im Februar hörte Anneli Wehling einen Fachmann der Fachhochschule Rendsburg darüber reden, wie die Ställe künftig gebaut sein müssten, um allen Vorschriften gerecht zu werden. Der Experte beschrieb eine Art hochtechnisierte Massenhaltung in geschlossenen Gebäuden ohne Tageslicht, versorgt mit frischer Luft nur noch über Belüftungs- und Filteranlagen. Kleine Betriebe, die das nicht finanzieren könnten, müssten sich eben mit anderen zusammenschließen, also wachsen. Die Bäuerin erschrak. In solchen Ställen sehe keine Kuh mehr die Sonne, sagt sie. "Ich glaube nicht, dass dies im Sinne der Verbraucher ist – und auch nicht von uns Bauern."

Wehling schrieb Hendricks einen Brief. Sie fürchte um die Zukunft der bäuerlichen Betriebe und um das Wohl ihrer Tiere, stand darin. Es könne doch nicht sein, dass ausgerechnet die Klima- und Umweltpolitik den Trend hin zu einer industrialisierten Intensivlandwirtschaft noch weiter vorantreibe. **Massentierhaltung sei nicht zukunftsfähig**, "das wissen wir doch spätestens seit dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates. (...) Ich sehe uns Milchbauern mit dem Konflikt Klima-Tierwohl-Soziales alleingelassen und wünsche mir die Unterstützung der Politik und würde mich daher über ein Gespräch mit Ihnen sehr freuen." Hendricks nahm die Einladung an.

Als der Wagen der Ministerin auf Wehlings Hof fährt, ist die Familie schon seit sechs Stunden auf den Beinen. Jeden Morgen stehen sie um fünf Uhr früh auf, um die Kühe zu melken und zu versorgen, dann dauert ihr Arbeitstag zwölf, im Sommer oft sechzehn Stunden. Mit der Familie wartet Kirsten Wosnitza, ebenfalls Milchbäuerin und Sprecherin des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter in Schleswig-Holstein, wo Anneli Wehling Vorstandsmitglied ist. Wosnitza will die Gelegenheit zum direkten Gespräch mit der Ministerin nutzen.

Hendricks will Fördergelder stärker nach Umweltkriterien verteilen

Wehling führt Hendricks über ihren Hof und in den Stall zu ihren Kühen. "Haben wir noch eine Zukunft?", fragt sie. Hendricks hört zu, fragt nach, fachsimpelt. Natürlich müsse "der Klimaschutz mit anderen, ebenso wichtigen Zielen in Einklang gebracht" werden, sagt sie, also zum Beispiel mit dem Wohl der Tiere. Und natürlich bräuchten auch kleine und mittelständische Bauern eine wirtschaftliche Perspektive.

Die Herde der Wehlings ist ein wenig größer als der Durchschnitt in Deutschland: 80 Milchkühe hält die Familie, mit der Nachzucht sind es 150 Tiere, für die Futtergewinnung bewirtschaften sie 80 Hektar Land, 60 davon sind Grünland. Besonders große Höfe, die sich vor allem in Ostdeutschland befinden, kommen auf mehr als 1.000 Tiere. Wehlings vermarkten ihre Milch nicht direkt, sondern verkaufen sie an eine regionale Molkerei. Damit zusätzliches Geld reinkommt, arbeitet Janine im Moment noch Vollzeit als Betriebshelferin auf anderen Höfen, und Annelis Mann Jürgen schreibt nebenher Rechnungen für eine Spedition.

Warum besucht die Ministerin ausgerechnet diesen Hof? "Na, wegen des Briefs", sagt Hendricks. Sie hat in den vergangenen Wochen viel Post von Landwirten erhalten – und die meisten Schreiben waren nicht so freundlich formuliert wie das von Anneli Wehling. Die Bauern waren auf den Barrikaden. Der Grund war eine Werbekampagne, mit der das Bundesumweltministerium im Stile alter Bauernregeln auf die Umweltprobleme der Landwirtschaft – Überdüngung, Nitrat im Grundwasser, Monokulturen, Massentierhaltung – aufmerksam gemacht hatte. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt forderte eine Entschuldigung, die Sprecher der Bauernverbände schäumten. Es schien, als fühle der ganze Berufsstand sich verunglimpft.

Mit den Bauernregeln muss Hendricks sich auf dem Hof der Wehlings nicht befassen. Dies ist für sie ein harmonischer Termin. Hinter der Aufregung um die Kampagne steckte ein handfester politischer Streit: Das Umweltministerium will die europäischen Fördermittel für die Landwirtschaft künftig stärker nach ökologischen Gesichtspunkten verteilen als das Landwirtschaftsministerium. Bisher ist vor allem maßgeblich, wie viel Fläche ein Hof bewirtschaftet, aber jedes EU-Mitgliedsland dürfte maximal 15 Prozent des Geldes nach Umweltkriterien vergeben. In Deutschland sind es bisher nur 4,5 Prozent; Hendricks will die 15 Prozent ausnutzen – man sehe ja, dass das bisherige Fördersystem so nicht funktioniere –, ihr Amtskollege Schmidt war strikt dagegen. Mittlerweile schlägt der Agrarausschuss des Bundesrats sechs Prozent vor, und Sprecher des Umweltministeriums erklären, das sei doch immerhin ein Fortschritt, auf den man aufbauen könne.

Tierwohl, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit – wie geht das zusammen?

Am Kaffeetisch in Kiebitzreihe scheinen sich heute freilich alle einig: Selbst wenn die deutschen Behörden 15 Prozent der EU-Fördermittel nach Umweltkriterien vergäben,

es würde nichts Grundlegendes ändern. **Der Markt funktioniere vielleicht für die Milchindustrie, aber nicht für die Bauern, sagt Kirsten Wosnitza. Ihn müsse man deshalb neu organisieren – statt immer weiter zu liberalisieren und zu intensivieren "und die Bauern mit Subventionen ruhig zu stellen". Für viele Milchbauern besteht die Hälfte des Einkommens schon jetzt aus öffentlichem Geld, "und trotzdem funktioniert es nicht mehr". Die Politik tue zu wenig, die Landwirte fühlten sich alleingelassen im "Zielkonflikt" zwischen Klimaschutz, Tierwohl und Wirtschaftlichkeit.**

"Wir möchten Sie bitten, die Debatte um diesen Konflikt anzustoßen und zu begleiten", sagt Wosnitza zu Hendricks. Sie wünscht sich einen Dialog zwischen Bauern, Wissenschaft, Verbänden, Gesellschaft und Politik. Die Ministerin verspricht, sich noch in dieser Legislaturperiode zu kümmern. 90 Minuten nimmt sie sich Zeit für das Gespräch. Dann fährt sie ab.

Jetzt hoffen die Wehlings, dass die versprochene Runde tatsächlich noch vor der Bundestagswahl zusammenkommt. Dennoch: Das Immissionsrecht mache ihm immer noch Sorgen, sagt Jakob, Annelis Sohn. "Ich hoffe, dass es zu einer Abwägung kommt, damit wir alle Auflagen mit vertretbarem Aufwand erfüllen können. Und ich frage mich, ob man wirklich direkt bei den Tieren anfangen muss." Immerhin sei der Ministerin der Konflikt zwischen Tierwohl und Klimaschutz bewusst, und sie habe die Aussicht auf luftdicht abgeschlossene Ställe relativiert. "Das finde ich gut."

Auch Anneli Wehling fühlt sich erleichtert. Hendricks sei kompetent und könne zuhören, "und sie macht sich Gedanken", sagt sie. "Allein das festzustellen, macht Mut."

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/milchbauern-landwirtschaft-milchpreis-agrarpolitik-barbara-hendricks-umwelt>

NDR - 22.03.2017

Meyer: Menschen tragen die Geflügelpest weiter

Seit Monaten grassiert die Geflügelpest in Niedersachsen. Mit einer Stallpflicht für Geflügel sollte das hochansteckende Virus H5N8 gestoppt werden - zumindest im Landkreis Cloppenburg bislang ohne durchschlagenden Erfolg: Erst am Mittwoch hat der Landkreis einen weiteren Fall von Geflügelpest in einem Putenmastbetrieb bestätigt - 14.600 Tiere sollen dort getötet werden. Offenbar ist nun zumindest klar, warum das Virus weiter Schaden anrichtet. Nicht in erster Linie Wildvögel oder gar der Wind übertragen das Virus - Erkenntnisse des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) wiesen darauf hin, dass vor allem Menschen, Fahrzeuge und Geräte das Virus von Stall zu Stall tragen, sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) am Mittwoch. "Daher sind hier verschärfte Maßnahmen anzusetzen, und nicht bei der Stallpflicht von Freiland- und Hobbygeflügelhaltern."

Gravierende Hygiene-Verstöße

Das FLI und andere Experten hatten auf Bitten des Landwirtschaftsministeriums unter anderem die Virusstämme genetisch untersucht. Demnach hatte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit das Virus von Stall zu Stall verbreitet. Woher das erste Virus in Garrel stammt, sei weiterhin unklar. Das Ministerium bezweifelt aber, dass infizierte Wildvögel die Ursache für die meisten Ausbrüche waren. Die FLI-Experten sahen teilweise gravierende Verstöße etwa beim Transport und der Lagerung von toten Tieren, dem Austausch von Geräten zwischen Betrieben. Auch seien Hygieneschleusen nicht konsequent genutzt worden.

400.000 Tiere wurden bereits vorzeitig getötet

Daher drohte Meyer Tierhaltern mit Kürzungen der von der Tierseuchenkasse gezahlten Entschädigung oder Schadenersatzforderungen, wenn gravierende Mängel bei den Biosicherheitsmaßnahmen festgestellt werden. Denn während in den meisten Regionen Deutschlands die Geflügelpest auf dem Rückzug ist, waren vor allem im Kreis Cloppenburg immer wieder Neuausbrüche zu beklagen. In dem Landkreis werden 13,2 Millionen Stück Geflügel gehalten. Rund 400.000 Tiere wurden wegen der Geflügelpest bislang in den vergangenen Monaten getötet.

Insgesamt Rückgang von Geflügelpest

Mit Sicht auf die Ausmaße der Seuche begrüßte Meyer die vom Niedersächsischen Geflügelwirtschaftsverband beschlossenen verschärften Schutzmaßnahmen. Unter anderem sehen die verschärften Sicherheitsmaßnahmen vor, Einstreumaschinen nur in einem Stall zu verwenden oder Tierbetreuer nur in einem Stall arbeiten zu lassen. Trotz des hohen Aufwandes seien die Maßnahmen absolut notwendig. Die Zahl der positiven Befunde bei Wildvögeln sei erheblich zurückgegangen. Abseits der "geflügeldichten Regionen Niedersachsens" habe es zudem seit Wochen auch in Nutzgeflügelbeständen keine neuen Geflügelpest-Fälle mehr gegeben. "Es wird Zeit, dass die Mitte Februar in vielen Landesteilen Niedersachsens vorgenommene Aufhebung der Stallpflicht für Hobby- und Freilandgeflügel landesweit umgesetzt wird", sagte Meyer.

Nordkurier - Alt Tellin/Greifswald · 15.03.2017:

Entscheidung vertagt

Gericht verhandelt über umstrittene Ferkelfabrik

Ist die Anlage bei Alt Tellin rechtmäßig? Die Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht Greifswald über die Genehmigung für Europas wohl größte Schweinezucht ist vertagt. Viele Themen wurden dennoch angeschnitten.

Unter großem öffentlichen Interesse ist am Verwaltungsgericht in Greifswald ein Prozess eröffnet worden, der für die Agrarbranche und den Tierschutz in ganz Deutschland große Bedeutung entfalten und hierzulande in der bisherigen Betrachtungsweise gravierende Veränderungen nach sich ziehen könnte. Jedenfalls

was die Klagemöglichkeiten von anerkannten Umweltschutzverbänden und die Stallhaltung von Nutztvieh angeht, insbesondere Schweinen.

Das Gericht in der Hansestadt befasst sich seit Mittwoch mit einer Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) Neubrandenburg. Auslöser ist die immissionsschutzrechtliche Genehmigung der Behörde beziehungsweise deren Vorgängerin zur Errichtung und zum Betrieb einer Sauen- und Ferkelzuchtanlage samt Nebeneinrichtungen wie einer Biogasanlage in der Gemeinde Alt Tellin.

Die war Ende September 2010 erteilt worden, obwohl es jede Menge Proteste und Einwände gegen die Planung und das Verfahren gab. Sie richteten sich generell gegen diese Art der Industrialisierung von Landwirtschaft, in vielen Punkten aber konkret gegen den gewaltigen Stallkomplex auf dem Acker im Dreieck Neu Plötz – Daberkow – Siedenbüssow und dessen Betreiber.

Mehrere Verstöße gegen Gesetze nachgewiesen

Immerhin wurden dem an anderen Standorten und später auch hier am Tollensetal zahlreiche Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze nachgewiesen, die inzwischen in ein deutschlandweites Tierhaltungsverbot gipfelten.

Weil aber auch der Widerspruch gegen die Genehmigung ohne Erfolg blieb, reichte der BUND im September 2012 Klage dagegen ein. Organisatorisch und finanziell unterstützt vom Tierschutzbund Deutschland und der örtlichen Bürgerinitiative „Rettet das Landleben am Tollensetal“. Alleine die hat nach eigenen Angaben bereits mehr als 15 000 Euro in den Kampf gegen die vermutlich größte Ferkelfabrik Europas gesteckt.

Vor dem offiziellen Startschuss im gut besetzten Gerichtssaal veranstaltete dieses Trio zusammen mit einer Reihe Sympathisanten eine kleine Kundgebung auf der gegenüber liegenden Seite der Domstraße. Verbunden mit der mehrfach geäußerten Hoffnung, das Gericht möge die nur schwer zu knackende Phalanx von Betreiber und Behörden in die Schranken weisen. Die Ämter machten sich bisher stets die Argumente des Unternehmens zu eigen und ließen sich nur auf die Anlagengegner ein, wenn ihnen keine andere Wahl bleibe, kritisierte BUND-Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag. Das betreffe auch die von der Beklagten vertretene Auffassung, dass kein Recht bestehen, hier Tierschutzbelange ins Feld zu führen.

„Wir haben schon eine Menge erreicht in den vergangenen Jahren“, bilanzierte derweil BI-Sprecher Jörg Kröger aus Wietzow. Denn dass die Anlage an vielen Stellen keineswegs mehr dem entspreche, was einst geplant und beantragt wurde, sei häufig ein Verdienst der kritischen Begleiter außerhalb staatlicher Stellen. Sprich jene hätten ehrenamtlich eigentlich die Arbeit der Genehmigungsbehörden gemacht – für ihn ein Unding.

Tierschutz in Anlage muss genauer erörtert werden

Ob und in wie weit die Ämter, speziell das StALU, auch nach den Änderungen innerhalb des Verfahrens und während des Betriebes versagt haben, soll nun das Gericht herausfinden. Keine kurze und schon gar nicht einfache Angelegenheit, wie

der erste Verhandlungstag verdeutlichte. Die konträren Positionen reichen vom Tierschutz über den Schutz von Habitaten und Biotopen bis hin zum Brandschutz und Störfallrecht. Eingeschlossen solcher Fragen, welche Teile des Betriebes bei den einzelnen Betrachtungen überhaupt hinzu gezogen werden müssen und wie weit die Befugnisse des BUND reichen. Gepaart mit der durchaus kniffligen Interpretation von europäischen und völkerrechtlichen Rechtsnormen.

Zwar schnitten der Vorsitzende Richter Holger Bruksch und seine Kollegen ab 12 Uhr diese Themen an und ließen sich die Standpunkte der Prozessgegner einschließlich der Betreiber als Beigeladene erläutern. Doch insbesondere bei den Tierschutzbelangen und dem Status der Biogas-Anlage sieht die zuständige Kammer noch weiteren Erarbeitungsbedarf. Sodass am Mittwoch um 18.15 Uhr die Entscheidung fiel, das ganze zu vertagen. Sprich die mündliche Verhandlung wird in einem noch zu bestimmenden weiteren Termin fortgesetzt, so Pressesprecher Heinz-Gerd Stratmann.

HAZ – Michael B. Berger – 21.3.2017:

Übergroße Ställe

Gibt es bald Obergrenzen für Tiermastbetriebe?

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) fordert Obergrenzen für die Massentierhaltung. 30 000 Masthühnern, 15 000 Legehennen oder 1500 Mastschweinen: Das sind sollen die Maximal-Zahlen sein. Meyers Forderungen stoßen auf Kritik unter den landwirtschaftlichen Betrieben.

Hannover. Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hat Obergrenzen für die Massentierhaltung gefordert. „100 000 Schweine und 100 000 Hühner in einem Betrieb werden gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert“, sagte Meyer der Oldenburger „Nordwest-Zeitung“. Deshalb brauche man jetzt „Obergrenzen“ in der Tierhaltung.

Der Grünen-Politiker nannte auch konkrete Zahlen. Ab 30 000 Masthühnern, 15 000 Legehennen oder 1500 Mastschweinen sollte die baurechtliche Privilegierung fallen, die Landwirten bei Erweiterungsbauten noch zugestanden wird. Die Kommunen sollten bei den Genehmigungen ein echtes Mitspracherecht bekommen.

Meyers Vorstoß löste gemischte Reaktionen aus und wurde auch unter SPD-Agrarexperten heftig diskutiert. „Auf so eine Obergrenze können wir uns nicht einlassen, auch wenn die Richtung im Prinzip stimmt“, meinte Wiard Siebels, agrarpolitischer Sprecher der SPD. Dieser Vorstoß des grünen Ministers sei auch nicht mit den Sozialdemokraten abgestimmt.

Über den Wegfall der baurechtlichen Privilegierung könne man durchaus reden. Denn oft müssten Kommunen, die meist auch starkem Druck von Anwohnern ausgesetzt seien, tatenlos zusehen, wie Landwirte ihre Mastanlagen erweitern. „Aber wie das im Detail zu regeln ist, sollte man nicht an den Zahlen festmachen“, sagte Siebels. Denn wenn ein Landwirt etwa drei Ställe mit jeweils 30 000 Hühnern hinsetze, bekomme man auch keine Akzeptanz bei den Bürgern.

Mit Skepsis betrachtet das niedersächsische Landvolk Meyers Forderung. „Dass übergroße Ställe nicht mehr akzeptiert werden, ist eine subjektive Sichtweise“, sagt Gabi von der Brelie. Die Tierhaltungen seien in Dimensionen gewachsen, die letztlich einer wirtschaftlichen Logik entsprächen. „Von Hähnchenmast allein beispielsweise können viele Betriebe gar nicht mehr leben.“

Auch bei anderen Vorschlägen Meyers will das Landvolk nun erst einmal die Konkretisierung abwarten. So hatte der Minister zum Beispiel gefordert, Geruchs- und Staubemissionen durch den Einbau von Filtern zu reduzieren. Meyer hatte dabei auf niederländische Studien hingewiesen, die im Umfeld großer Hühnerställe ein höheres Risiko für Lungenentzündungen festgestellt haben.

Das Landwirtschaftsministerium wies darauf hin, dass die Bundesimmissionsschutzverordnung bei Erweiterungsbauten bestimmte Obergrenzen festgelegt habe, an denen sich der Minister orientiere. Niedersachsen wende sie bereits an, wenn es um die finanzielle Förderung neuer Stallbauten gehe.

Das Privileg der Landwirte

Seit Jahren wird um ein besonderes Privileg gestritten, das Landwirten bislang noch im Baurecht zugestanden wird: Sie dürfen im Außenbereich von Ortschaften Ställe bauen, „soweit das Futter für ihre Tiere überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann“. So steht es im Baugesetzbuch, das bisher keinerlei Obergrenzen vorsieht.

Bestimmte Grenzen zieht allerdings die Bundesimmissionsschutzverordnung. Sie legt nämlich fest, ab welcher Größe ein Stall nicht nach dem Baurecht, sondern nach dem strengeren Bundesimmissionsschutzgesetz zu genehmigen ist. Und da kommen Obergrenzen ins Spiel. Niedersachsens Städte- und Gemeindebund begrüßt Meyers Vorstoß im Grundsatz. „Das geht in die richtige Richtung. Ähnliche Überlegungen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sind leider im Sande verlaufen“, sagt Bauexperte Meinhard Abel.

TAZ – Stella Muthorst – 20.3.2017:

Protest gegen Wiesenhof

Tierrechtler blockieren Schlachthaus

Demonstranten protestieren gegen Wiesenhof. Der Geflügelfleischkonzern will seine tägliche Schlachtmenge auf 160.000 Tiere erhöhen.

BERLIN taz | Tierschutzaktivisten haben am Montagmorgen die Zufahrten zur Schlachtereie von Deutschlands größtem Geflügelfleischkonzern, Wiesenhof, im brandenburgischen Königs Wusterhausen blockiert. 30 Demonstranten versperrten beide Werktoie im Ortsteil Niederlehme mit Betonfässern, an denen sich vier Menschen festgekettet hatten, wie das Bündnis Tierfabriken-Widerstand mitteilte.

Eine weitere Person habe sich in etwa fünf Meter Höhe auf einem Metalldreibein über einem der Fässer befunden. Zwei Aktivisten standen den Angaben zufolge auf einem Lastwagen. Die Polizei habe die Blockade nach etwa fünf Stunden beendet.

Die Tierrechtler wenden sich dagegen, dass Wiesenhof die Kapazität des Schlachthofs erweitern will. Nach Unternehmensangaben sollen dort künftig 160.000 statt wie bislang 120.000 Tiere pro Tag geschlachtet werden. Der Schlachthof „steht für die Degradierung allen Lebens und deren Ressourcen zu verkaufbaren Waren“, erklärten die Aktivisten. Sie kritisierten, dass die Schlachttiere als wirtschaftliche Ressource angesehen würden. Außerdem seien die Arbeitsbedingungen der Schlachthofbeschäftigten schlecht.

Das Unternehmen verursache auch hohe Umweltbelastungen. So sei die Natur um den Schlachthof herum „zerstört“ und „emissionsbelastet“, schrieb die Gruppe Tierfabriken-Widerstand. Auch die mit der Schlachtung verbundenen Produktionsprozesse belasteten die Umwelt, etwa der „Futtermittelanbau, der mit Landraub, Vertreibung und Naturzerstörung verbunden ist“.

Die Demonstranten wurden nach eigener Darstellung von den Organisationen Tierfabriken-Widerstand, Kampagne gegen Tierfabriken, Mastanlagen Widerstand, Bürgerinitiative Königs Wusterhausen stinkt 's, Bürgerinitiative Saustall Wadelsdorf, Bürgerinitiative Kontraindustrieschwein, Berliner Tierbefreiungsaktion und Tierbefreiung Frankfurt unterstützt.

Die Märkische Geflügel-Spezialitäten GmbH, die den Wiesenhof-Standort betreibt, teilte der taz mit, dass der Betriebsablauf nicht beeinträchtigt worden sei. „Zu widerrechtlichen Aktionen möchten wir uns aber nicht weiter äußern“, hieß es weiter. Der Wiesenhof-Konzern, Teil des Geflügelzüchters und -verarbeiters PHW-Gruppe, plane den Schlachthof in Königs Wusterhausen zu modernisieren. Anfang des Jahres sei ein Bereich der Anlage mit zusätzlicher Filtertechnik ausgestattet worden, sodass weniger Geruchsemissionen entstünden. „Zusätzliche Lärm- und Geruchsemissionen entstehen künftig nicht.“ Sollte die zuständige Behörde die geplante Erhöhung der Schlachtmenge genehmigen, „werden im Übrigen keine neuen Ställe benötigt und damit auch keine neuen Ställe gebaut.“

<http://www.taz.de/Protest-gegen-Wiesenhof!/5390416/>

WELT – 19.3.2017

BRASILIEN

Gammelfleisch mit krebserregenden Stoffen gefunden

Mehrere Fleischhersteller haben schlechtes und gutes Fleisch vermengt sowie krebserregende Chemikalien beigemischt. Brasiliens Präsident Temer beruft Krisensitzungen ein. Das Land ist der größte Fleischexporteur der Welt. Betroffen ist auch der weltweit größte Fleischproduzent JBS. Auch 33 Lebensmittelkontrolleure wurden bisher entlassen.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article162969091/Gammelfleisch-mit-krebserregenden-Stoffen-gefunden.html>

Kälber-Diffamierung?

Anzeige auf der Internetseite von Elite

35.000 Kälber lügen nicht

über 35.000 Kälber beweisen es - das Diätergänzungsfuttermittel BEWI-SAN Prevent C sichert die Aufzucht auch bei hohem Infektionsdruck (z.B. durch Cryptosporidien). Neugeborene sind besonders empfänglich gegenüber Durchfallerregern. BEWI-SAN Prevent C unterstützt das Immunsystem des Kalbes von Anfang an. Praxisbetriebe konnten den Arzneimitteleinsatz stark reduzieren.

[Mehr ...](#)



Schlussfolgernde Überlegungen:

2.602.606 deutsche Kälber insgesamt
minus 35.000 „BEWISAN-Kälber“
= 2.567.606 Kälber = alle Lügner?

ISN - 15.03.2017:

Grüner Wahlkampf 2017 – Raus aus der Massentierhaltung



Die Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen Kathrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir haben den Parteimitgliedern vergangene Woche den Programmentwurf der Grünen für die Bundestagswahl 2017 vorgestellt. Landwirtschaftliche Themen stehen unter dem Motto Ökologisch, weltoffen und sozial im Wahlkampf mit an erster Stelle. ISN: Nichts gelernt - die Bundesgrünen verfallen auf ihrem Stimmenfang mit Wahlkampfplattitüden und Pauschalkritik an der Landwirtschaft in alte Grabenkämpfe zurück.

Ausstieg aus der Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren

Die Aussagen zur Tierhaltung im Programmentwurf der Grünen zum Bundestagswahlkampf 2017 strotzen nur so vor Pauschalkritik an der Landwirtschaft. Erklärtes Ziel ist das Ende der Massentierhaltung in 20 Jahren. Hier ein zentraler Ausschnitt aus dem Wahlprogramm:

... Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung aus dem Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir es nicht akzeptieren, dass gequälte Geschöpfe zusammengepfercht vor sich hin vegetieren und Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen. Wir wollen, dass die Tiere ein besseres Leben haben: mehr Platz in den Ställen, Zugang zu frischer Luft und Tageslicht, kein Kükenschreddern, keine Amputationen und Qualzuchten, tiergerechte Fütterung und deutlich weniger Antibiotika. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren beenden. Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten - selbst die der Bundesregierung - zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen. ...

Kennzeichnung, Glyphosat, Direktzahlungen ...

Weitere Themen im Entwurf für den Wahlkampf sind unter anderem eine Fleischkennzeichnung nach dem Vorbild von Eiern. Unter der Überschrift Kein Gift in der Landwirtschaft wird ein Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden sowie eine Pflanzenschutzmittelsteuer zur Eindämmung des Gebrauchs von Pestiziden und zum Erhalt von Artenreichtum und Bodenfruchtbarkeit anvisiert. Auch den Einsatz von Gentechnik in der Nahrungsmittelerzeugung lehnen die Grünen ab. Im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) befürworten die Grünen eine Umschichtung der Direktzahlungen und Auszahlung nach dem Prinzip öffentliches Geld für öffentliche Leistung, statt eine Verteilung nach Fläche.

Der Entwurf für das Bundestagswahlprogramm wird nun von den Parteimitgliedern diskutiert, bevor die finale Version des Wahlprogramms Mitte Juni beschlossen wird.

Die ISN meint:

Schade – Insbesondere die grünen Agrarminister in NRW und Niedersachsen hatten jüngst moderatere Töne angeschlagen und sich zu einem gemeinsamen Dialog mit den Landwirten zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft und Tierhaltung bekannt. Wie passt dazu das Wahlprogramm der Bundesgrünen, das geradezu von unverschämter Pauschalkritik an der Landwirtschaft strotzt. Immer wieder wird zwar die wirtschaftliche Machbarkeit der geforderten Veränderungen für mittelständische Familienbetriebe prognostiziert, dabei sind es genau diese kleineren und mittleren Familienbetriebe, welche als erstes von den Forderungen der Grünen überrannt werden.

Alte Wahlkampfplattitüden werden in dem nun vorgestellten Wahlprogramm wieder hervorgeholt und wie ein Mantra vorgetragen. Liegt dies an der Angst vor einem Wahldebakel? Liegt es an den fehlenden Alternativthemen? Oder ist es einfach nur die Unwissenheit der handelnden grünen Personen in Berlin? Nicht zuletzt war es Cem Özdemir, der im vergangenen Wahlkampf mit Unwissenheit über Landwirtschaft gegläntzt hat. Er war es, der die absurde Behauptung aufstellte, den Schweinen würde der Rüssel abgeschnitten. Hat er in den vier Jahren nichts dazugelernt?

Für den Bundestagswahlkampf 2017 wünschen wir uns von den Grünen eine sachliche und lösungsorientierte Diskussion zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft und Tierhaltung und weniger Wahlkampfgetöse auf Kosten der Bauern!

📄 [Bekanntgabe des Grünen Wahlprogrammwerfs 2017](#)

📄 [Download Grüne Bundestagswahlprogrammwerf 2017](#)

TAZ – Daniel Böldt – 20.3.2017:

Haltung von Milchziegen auf Biohöfen

Alles „Lug und Trug“?

Bioland kündigt einem Ziegenhof, nachdem dem Betrieb Tierquälerei vorgeworfen wurde. Dennoch darf der Hof weiter das EU-Biosiegel führen.

BERLIN taz | Immer wieder schlagen Mitarbeiter die Ziegen mit Stöcken und Fäusten oder ziehen sie an den Hörnern. Viele der Tiere haben offene Verletzungen, andere sind bis auf die Knochen abgemagert. Die Videosequenzen, die die TV-Sendung „hundkatzemaus“ auf Vox sowie die Tierschutzorganisation [Peta Mitte Februar veröffentlicht](#) hatten, zeugen von äußerster Brutalität. Sie sollen in einem Ziegenmilchbetrieb im westfälischen Brilon gefilmt worden sein. Neben der offensichtlichen Tierquälerei scheint es der Betreiber auch mit anderen Vorschriften nicht so genau zu nehmen: Man sieht tote Ziegen, die achtlos aufeinandergestapelt sind, nur provisorisch mit einer Plane überdeckt.

Besonders pikant an den Aufnahmen: Sie stammen von einem Bioland-Betrieb. Bioland und andere Ökoverbände brüsten sich damit, dass dem Wohl der Tiere auf den von ihnen zertifizierten Höfen besonders Rechnung getragen wird – mehr als auf konventionellen Höfen und sogar mehr als auf Biohöfen, die nur den Mindeststandard der EU-Ökoverordnung erfüllen.

Um das sicherzustellen, haben die Verbände 2014 den sogenannten Tierwohlcheck eingeführt. Dieser zielt darauf, nicht mehr nur die Rahmenbedingungen der Tierhaltung zu prüfen, sondern zudem zu kontrollieren, wie es dem Vieh tatsächlich geht.

Doch im Fall des Ziegenhofs in Brilon hat dieser Check offenbar versagt. Bioland habe dem Betrieb unmittelbar die Mitgliedschaft gekündigt, nachdem der Verband von den Vorwürfen erfahren habe, heißt es vonseiten des Ökoverbandes. „Wir waren schockiert von den Bildern und bedauern sehr, wie mit den Tieren umgegangen wurde.“

Peta hat derweil Anzeige gegen den Hofbetreiber erstattet. Die Tierschutzorganisation zeigt sich vom Versagen des Tierwohlchecks wenig überrascht. „Das ist alles Lug und Trug“, sagte Sprecher Edmund Haferbeck über die Kontrollmechanismen auf den Biohöfen. Dabei spielt er etwa auf den Umstand an, dass die Biohöfe sich ihre Kontrollstellen selbst auswählen können und die

Inspektionen nur in Ausnahmefällen unangekündigt sind.

Mängel reichen nicht aus

Überprüft wurde der Ziegenhof in Brilon im Auftrag Biolands von der ABCert AG, einer von insgesamt 18 privaten Ökokontrollstellen in Deutschland. Diese kontrollieren die Betriebe sowohl im Sinne der EU-Ökoverordnung als auch im Sinne der strengeren Richtlinien der Bioverbände.

Bioland weist zwar darauf hin, dass die ABCert erhebliche Gesundheitsmängel auf dem Ziegenhof festgestellt habe, woraufhin der Betrieb aufgefordert worden sei, ein Gesundheitskonzept zu erarbeiten. Doch haben die Mängel allein offensichtlich nicht gereicht, dem Betrieb das Bioland-Siegel zu entziehen.

Die Mitgliedschaft kündigte Bioland dem Ziegenhof erst Anfang Dezember 2016, als der Anbauverband von dem Videomaterial erfahren hatte. Auf die Frage, ob man die Zusammenarbeit mit der ABCert aufgrund dieses Vorfalls überdenkt, wollte sich Bioland gegenüber der taz nicht äußern.

Doch Skepsis scheint angebracht: Am 18. Januar 2017 hatte die ABCert den Ziegenhof erneut kontrolliert – dieses Mal auf Veranlassung des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (Lanuv), das verantwortlich für die Vergabe des EU-Biosiegels ist. Ergebnis dieser Überprüfung: Der Ziegenhof Brilon bleibt zertifizierter Hersteller ökologischer Erzeugnisse und darf seine Produkte weiterhin unter dem EU-Biosiegel verkaufen. Das Lanuv wollte mit Verweis auf das laufende Verfahren nicht Stellung zu den Vorwürfen gegen den Biohof beziehen.

<http://www.taz.de/Haltung-von-Milchziegen-auf-Biohoefen/!5390248/>

LZ Lüneburg – 17.3.2017: **Ganze Äcker voller Müll**

Zerkleinerte Plastikteilchen, Glasscherben, Haargummis, Tamponhüllen, Verschlusskappen, Stifte: Unter anderem auf dieser Fläche bei Neetze wurde stark verunreinigter Kompost ausgebracht. Foto: plu

Neetze. Stark verunreinigte Äcker sorgen derzeit in der Region für Aufregung. Auf Flächen bei Neetze, Bleckede sowie in der Gemeinde Bienenbüttel hatten Landwirte Kompost ausgebracht, der offenbar mit zerkleinerten Plastikteilchen, Glasscherben und anderem Müll vermengt war – unter anderem mit Wattestäbchen, Zahnbürsten, Kugelschreibern oder Blutzuckertestern.

Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Lüneburg waren in Bleckede und Neetze bereits vor Ort. Kreissprecher Hannes Wönig sagt zu den Fällen nur so viel: „Dort besteht der Verdacht auf einen unerlaubten Umgang mit Abfällen.“ Eine mögliche Straftat nach Paragraph 326 Strafgesetzbuch. „Beide Fälle werden der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung übergeben“, sagt Wönig.

Gleich mehrere Spaziergänger waren auf die Verschmutzung bei Breetze und Neetze aufmerksam geworden und meldeten die Fälle. „Eine absolute Schweinerei“, klagte eine Bürgerin beim Ortstermin mit der LZ. Sie selbst habe beobachtet, wie die

Erde bereits vor Wochen mit Lkw angeliefert und anschließend vom Landwirt auf der Fläche verteilt wurde. Wegen der vielen Scherben auf dem Acker sorgt sie sich auch um die Tiere, die über die Fläche laufen und sich verletzen könnten. „Ich kann das nicht verstehen, woher kommt denn diese Erde?“, fragt sie sich.

Eine Frage, auf die Kreissprecher Hannes Wönig bisher noch keine Antwort hat. Dafür ein Landwirt aus der Nähe von Bienenbüttel – denn er selbst ist betroffen. Das erste Mal in seiner Laufbahn als Landwirt hatte er zertifizierten Kompost aus einer Anlage im Landkreis Lüneburg als Dünger eingesetzt. Insgesamt 700 Kubikmeter. „Zu sehen war von der Verunreinigung zunächst nichts“, sagt er, „auch nicht, nachdem ich den Kompost gestreut hatte.“ Erst der Regen habe die Verunreinigung sichtbar gemacht.“

Inzwischen ermitteln die Behörden, der Landkreis hat die betroffenen Flächen gesperrt – insgesamt 13 Hektar. Was das für Folgen haben wird, kann der Landwirt bisher nicht absehen. Klar ist für ihn aber schon jetzt: „Wenn ich die Flächen über längere Zeit nicht mehr bewirtschaften darf, ist das für uns eine Katastrophe.“ Und zwar eine, „an der wir keine Schuld tragen“, betont der Landwirt.

Grundsätzlich ist der Einsatz von derartigem Kompost als wertvoller Dünger in der Landwirtschaft gängige Praxis, erklärt Dr. Jürgen Grocholl, Bezirkstellenleiter der Landwirtschaftskammer in Uelzen. „Aber solch ein Müll gehört da definitiv nicht rein!“

Derartige Kompost wird laut Grocholl aus den Bioabfällen der Haushalte gewonnen. Die Qualität hänge davon ab, was in die Biotonne wandert: „Wenn die Leute da nur reinschmeißen, was auch wirklich reingehört, können diese Bioabfälle zu sehr wertvollem Dünger aufbereitet werden.“ Der Einsatz des Komposts auf landwirtschaftlichen Flächen sei in der Bioabfallverordnung geregelt, außerdem unterliege die Kompostherstellung einer Gütesicherung. Dennoch bleibt ein Restrisiko, denn sichtbare und unsichtbare Schadstoffe wie Schwermetalle könnten im Kompost enthalten sein.

Der Landwirt aus Bienenbüttel hat eine Konsequenz aus dem Vorfall bereits gezogen. „Ich habe das erste und letzte Mal derartigen Kompost auf meinen Flächen eingesetzt!“

von Patricia Luft und Anna Sprockhoff

ARD - KONTRASTE – 18.6.2015 - Beitrag von Markus Pohl und Chris Humbs

Plastikverseuchter Kompost macht Äcker zu Müllhalden

<https://youtu.be/csKDGBRH0Ro>

**Öko-Irrweg Biotonne-Plastikverseuchter Kompost macht Äcker zu Müllhalden
Auf den Äckern sieht es immer öfter aus wie auf einer Müllhalde. Denn die industrialisierte Landwirtschaft bringt Geld, laugt aber die Böden aus. Um**

trotzdem hohe Erträge zu erzielen, düngen die Bauern mit Kompost aus Bioabfall. Doch Kompost ist gar nicht so bio, weil die Bürger viel zu viel Plastikmüll in die Biotonnen werfen. Der Abfall landet als plastikverseuchter Kompost auf dem Acker, obwohl die Gefahren für Mensch und Umwelt noch gar nicht absehbar sind.

Anmoderation: Ob Eierschalen, welke Blumen, Obstreste oder Kaffeesatz - das alles gehört seit Januar per Gesetz in die Biotonne. Nichts wegschmeißen, was wiederverwertet kann, lautet die Devise. Hört sich gut an: Aus Bioabfall wird Dünger für die Landwirtschaft. Das dient der Umwelt, glauben viele. Doch leider müssen wir Sie enttäuschen: Das Konzept Biotonne geht in der Praxis nicht auf. Im Gegenteil: Die Tonne sorgt sogar für Umwelt-Verschmutzung! Chris Humbs und Markus Pohl waren auf den Feldern unterwegs.

MEHR INFOS

- krs.rsag.de-**KompostWerke Rhein-Sieg**
Hauptstraße 99
53757 Sankt Augustin
- umweltbundesamt.de-**Umweltbundesamt zur Bioabfallbehandlung**
- toxi.uni-kiel.de-**Prof. Dr. Edmund Maser**
Institut für Toxikologie und Pharmakologie für Naturwissenschaftler des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein
- rsag.de-**Rhein-Sieg- Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH**
Kommunales Entsorgungsunternehmen im Rhein-Sieg-Kreis

... Eine kurze Recherche im Internet zeigt: deutschlandweit häufen sich die Meldungen von Plastikmüll auf den Feldern durch verunreinigten Kompost. Viele Äcker gleichen inzwischen Mülldeponien. Durch die industrielle Landwirtschaft wird der Boden ausgelaugt, braucht ständig neuen Dünger. Und mit jeder neuen Fuhre Kompost kommt zusätzliches Plastik auf die Felder.

Doch wie kommt der Kunststoff in den Kompost?

Über Biotonnen wie diese. Darin befindet sich zu Hauf Plastikabfall, vor allem Tüten. In der Regel landen die im Kompostierwerk. Der Gesetzgeber toleriert große Mengen Plastik im Kompost. Wie viel genau, haben wir in einem Versuch verdeutlicht. In 50 kg Trockenkompost darf diese Menge Kunststoff enthalten sein: 250 Gramm. Kompost mit dieser Menge Plastik darf also auf die Felder ausgebracht werden. Weil es wegen der Verschmutzung der Äcker immer mehr Beschwerden gab, hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt jetzt reagiert:

Ab 2017 gilt für alle Komposthersteller ein neuer Grenzwert.

Weichplastik, das auf den Äckern besonders auffällt, darf dann in unserem Haufen nur noch zu 50 Gramm enthalten sein. Zusätzlich sind aber noch bis zu 200 Gramm Hartplastik erlaubt. Es bleibt also unterm Strich bei 250 Gramm Plastik. Fortschritt sieht anders aus. Beim Umweltbundesamt, der obersten Behörde für Umweltfragen, hält man die Gesetzeslage für angemessen. Dabei ist der Kunststoff auf den Feldern mehr als nur ein ästhetisches Problem. Professor Maser forscht an der Uni Kiel zur Verbreitung von Plastik in der Natur. Der Toxikologe sieht Gefahren vor allem wegen der Zusatzstoffe, die im Kunststoff enthalten sind.

O-TON Prof. Edmund Maser, Toxikologe, Uni Kiel

Eigentlich ist das bekannt, dass aus dem Plastik eben die Weichmacher und Flammschutzmittel austreten und man kann damit rechnen, dass dieses dann auch stattfindet im normalen Boden, wenn man also über die Kompostieranlage plastikhaltigen Kompost auf den Boden ausbringt.

Kontraste: *Und wenn das dann geschieht, was hat das dann für Konsequenzen für den Menschen oder welche Gefahren gehen davon aus?*

Ja, diese Stoffe können natürlich über die Pflanze in den menschlichen Körper gelangen, das heißt, über die pflanzliche Nahrung in den Körper hineingehen und dort eben die Wirkung entfalten, die man von diesen hormonähnlichen Substanzen kennt und sie können auch gerade bei dem ungeborenem Leben, also bei Schwangeren, die Entwicklung stören.

Und es kommt ein weiteres Problem hinzu. Das Plastik wird über Jahre spröde. Es zerbricht, löst sich letztlich in kleinste Teilchen auf. Diese werden vom Regen ausgespült und landen in Gräben und Flüssen – und schließlich im Meer. Dort nimmt das sogenannte Mikroplastik Schadstoffe auf. Es landet so in der Nahrungskette.

O-TON Prof. Edmund Maser, Toxikologe, Uni Kiel

Es hat dort die besondere Eigenschaft, fettlösliche Substanzen anzulagern und anzureichern. Und dazu gehören auch Schadstoffe wie zum Beispiel DDT, Lindan, Stoffe, die längst verboten sind, aber die trotzdem dann sich in den Partikeln anreichern, dann von Meeresorganismen gefressen werden und vielleicht dann irgendwann bei uns auf dem Teller landen. Und damit wäre dann auch der Mensch diesen Schadstoffen exponiert.

Trotz der möglichen Gefahren: Die Bundesregierung toleriert weiter Unmengen an Plastik im Kompost. Warum es für die Hersteller keine strengeren Auflagen erlässt, teilt uns das Landwirtschaftsministerium schriftlich mit: *Die Grenzwerte orientieren sich letztlich an der erwarteten technischen Machbarkeit.*

Ein umweltpolitischer Offenbarungseid: Weil viele Werke keinen besseren Kompost hinbekommen, werden sie auch nicht dazu verpflichtet. Technisch machbar wäre aber noch einiges, auch durch Einsatz von mehr Personal.

Natürlich wäre es am besten, in die Biotonnen käme erst gar kein Plastik. Einige Kommunen, die Kompostieranlagen betreiben, setzen auf Müllkontrollen, wie hier im Rhein-Sieg-Kreis. Wer Biotonnen falsch befüllt, bekommt einen Hinweis. Im Ernstfall wird die Tonne nicht abgeholt. Doch diese Methode ist aufwändig und hoch umstritten. Viele Bürger wollen nicht, dass man in ihrem Müll herumschnüffelt, sehen das als Eingriff in ihre Privatsphäre.

Was bleibt: Die Biotonne ist theoretisch ein gute Idee - aber so wie sie derzeit umgesetzt wird, ist sie ein umweltpolitischer Irrweg.

Abmoderation: Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht. Das gilt für Bio, wie für alles andere auch.

AZ Uelzen 20.03.17:

Lünerecycling darf vorerst keinen Kompost mehr abgeben / Weitere Bauern betroffen

Müll auf dem Acker: Gewerbeaufsichtsamt reagiert

Steddorf/Lüneburg. Der Skandal um [mit Müll verunreinigten Kompost in Steddorf](#) weitet sich aus. Das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg teilt mit, dass weitere Ackerflächen im Landkreis Lüneburg betroffen sind. Die Ursache ist

dagegen weiter ungeklärt.

Der Steddorfer Landwirt hatte 700 Kubikmeter Kompost von der Firma Lünerecycling bezogen, die Ausschuss aus Kompostierungsanlagen verwertet. Nach den Lieferscheinen hat er den organischen Dünger am 3., 6. und 7. Februar abgeholt. Ob seine Berufskollegen ihr Material auch von dem Unternehmen im Embsener Gewerbegebiet bezogen haben, ist noch nicht geklärt.

Für den [zertifizierten Entsorgungsbetrieb hat der Vorfall ernste Folgen](#), wie die stellvertretende Leiterin des Gewerbeaufsichtsamts Christina von Mirbach mitteilt: „Bis zur Aufklärung der Ursache für die erheblichen Verunreinigungen beziehungsweise der Freigabe durch das Gewerbeaufsichtsamt verlässt kein Kompost das Betriebsgelände.“ Der dort bereits lagernde Kompost soll durch ein Labor untersucht werden. Außerdem wird die Firma eine Liste mit allen Kunden zur Verfügung stellen, die sie bislang mit Kompost beliefert hat.

Auch der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Uelzen hat Konsequenzen gezogen. Laut Gewerbeaufsichtsamt hat er bis zur Aufklärung alle Lieferungen an Lünerecycling gestoppt. Bislang wird das Material, das beim Sieben des Komposts in Borg übrig bleibt, in Embsen ein weiteres Mal mit einer speziellen Anlage gesiebt. Für die Abnahme des Materials zahlen die angeschlossenen Landkreise laut Geschäftsführer Heiko Neben.

... Nach Bioabfallverordnung dürfen in einer Tonne trockenem Kompost bis zu fünf Kilogramm Fremdmaterial enthalten sein. Bei 50 Prozent Wassergehalt beträgt der Toleranzwert sogar 2,5 Kilo.

Von Gerhard Sternitzke

TAZ - Helmut Höge – 20.3.2017: *Die Wahrheit:*

Die Einzelkuh

Biologie und Komik: Die lustige Tierwelt und ihre ernste Erforschung behandeln in Folge 27 ein singuläres Phänomen.

„Die objektive Kuh gibt es nicht!“, meint der Wissenssoziologe Bruno Latour, aber es gibt „Einzelkühe“. Ein staatliches Ensemble der DDR führte 1958 ein Tanzspiel mit dem Titel „Die Einzelkuh“ auf, das für die ländliche Bevölkerung

gedacht war und mehrfach zur Aufführung kam: Die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) freuen sich über den guten Erlös ihrer gemeinsamen Arbeit und beginnen zu tanzen.

Daneben plagt sich ein Bauernpaar mit seiner „Einzelkuh“, die von Tag zu Tag widerspenstiger wird. Denn die Kuh hat längst die Vorteile der genossenschaftlichen Arbeit auf dem Land erkannt. Als sie endlich über den Zaun springt, kann auch das Bauernpaar nicht mehr widerstehen, zieht hinterher und wird von den Mitgliedern der Genossenschaft freudig aufgenommen und zum Tanz eingeladen.

In der Sowjetunion war mit der Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der dreißiger Jahre bestimmt worden, dass die Bauern außerhalb der Kolchosen nur noch maximal einen Hektar und eine Privatkuh (nebst Kalb) besitzen durften. (...)

Private Kühe

In der DDR waren die Privatkühe nicht auf ein Tier beschränkt, man konnte so viele halten, wie man wollte, und musste nur zusehen, wo man das Futter herbekam. Alles Land war an die LPG verpachtet und man konnte höchstens von der Gemeinde für fünf Mark das Straßenbegleitgrün pachten. Die Privatkühe gingen trotzdem höchst ungern in die LPG-Ställe, wo sie in große Herden gezwungen und mit Lohnabhängigenbewusstsein wie am Fließband gefüttert und gemolken wurden. Sie gaben weniger Milch und wurden schneller krank.

Kluge LPG-Vorsitzende fanden Auswege. Die aus Sachsen-Anhalt stammende Schriftstellerin Beate Morgenstern erzählt in einem ihrer „Dorfromane“, dass, als nach Gründung der dortigen LPG langsam alles kollektiviert wurde, deren Vorsitzender Hetzel den Mitgliedern riet, ihre Kühe zu Hause zu lassen und selbst zu versorgen: „Weil es ehmt so ist, dass die Tiere in ihren Ställen auch eine Gemeinschaft bilden und untereinander ihre besondere Sympathie oder Abneigung haben.“

Gibt man Kühen Namen, geben sie mehr Milch als namenlose Kühe in der Herde.

So hat es die LPG in späteren Jahren unterlassen, private Tiere aufzukaufen, um die staatlichen Vorgaben zu erfüllen, weil sie aus Heimweh nach ihren früheren Ställen eingingen. Lieber erfand man „Luftkühe“ und war dann in der Milchleistung und im Fleischaufkommen etwas schlechter. Hetzel hat sich erst aus dem Nachwuchs von den Kühen aus den Familienställen seinen Bestand für eine größere Anlage gezogen. Aber die Familienställe, wo die Kühe von einer Frau versorgt wurden, bildeten bis zum Schluss eine Stütze – auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht.

Ähnlich sieht das heute auch die an der Newcastle University tätige Biologin Catherine Douglas. Sie befragte 516 britische Milchbauern über ihre Einstellung zum Verhalten und Wohlergehen der Kühe. Dabei kam heraus: 46 Prozent der Befragten gaben ihren Kühen Namen – und diese gaben im Jahresdurchschnitt 258 Liter mehr Milch als Kühe, die nur wie eine unter vielen behandelt wurden. „Genauso wie Menschen stärker auf persönlichen Kontakt reagieren, fühlen sich auch Kühe entspannter und wohler, wenn man ihnen ein bisschen mehr Aufmerksamkeit

schenkt“, erklärt die Wissenschaftlerin.

Kühisches Wohlergehen

Solch eine Kuhforschung, in der das Wohlbefinden mit steigender Leistung verkoppelt wird, indem die Milchmenge als Indikator für Wohlbefinden gilt, gab es nach der erfolgten Kollektivierung der Landwirtschaft auch in der Sowjetunion. Der Agraringenieur Hanns-Peter Hartmann schrieb an der Hochschule für LPG in Meißen eine Diplomarbeit über „Vorschläge zur Erweiterung und rationelleren Nutzung moderner Milchproduktionsanlagen“.

Als Quelle benutzte er eine noch nicht ins Deutsche übersetzte russische Studie der Zoologen Admin und Savzan aus dem Versuchsbetrieb Kutusowka. Die beiden lyssenkistisch inspirierten Rinderforscher hatten herausgefunden: Wenn man den Färsen zweimal täglich ihre noch kleinen Euter streichelt und massiert, erhöht das später als Kühe ihre Milchleistung um gut einen Liter täglich.

Als LPG-Produktionsleiter nahm Hartmann diese Empfehlung jedoch selber nicht ernst: „Wer hätte dafür Zeit gehabt, allen Tieren die Euter zu massieren und wie viel das gekostet hätte – dieses zweimal tägliche Als-Ob-Melken?! Außerdem standen unsere Färsen in den Offenställen, in denen sie frei herumliefen: da wäre man alleine gar nicht an die rangekommen.“

Streichelprojekt „Kalb“

Zwei Schweizer Wissenschaftlerinnen des Instituts für biologischen Landbau in Frick forschen nun in dieselbe Richtung – ausgehend von dem Nachweis, dass Kühe mit ruhigem Charakter weniger krankheitsanfällig sind als unruhige, schreckhafte Tiere und dass beides vom Verhalten des Menschen abhängt, begannen sie ein „Streichelprojekt“ mit den Kälbern eines Rinderzüchters, die sie bereits in den ersten Tagen nach ihrer Geburt „wissenschaftlich“ – nach der (an Pferden entwickelten) amerikanischen „Tellington-TTouch-Methode“ – streichelten.

Im Berliner Stadtteil Friedenau gibt es einen „China-Club“, dort lief jüngst ein Film von Guan Hu über eine Einzelkuh: „Cow“. Die Hauptrollen spielten der Volksschauspieler Huang Bo – als Kleinbauer Niu Er – und seine friesische Milchkuh Duo Niu: Sie ist eine Spende aus Holland zur Verbesserung der Versorgung der Roten Armee. Es ist das Jahr 1940 im Dorf Yizhen. Alle Bewohner wurden in Krieg und Bürgerkrieg getötet, nur Niu Er und Duo Niu haben überlebt. Mal rettete der Bauer die Kuh, mal rettete sie ihn ...

Das passiert auch hierzulande gelegentlich: Im thüringischen Bischofferode, wo die Bergarbeiter 1993 gegen die Schließung ihrer Kaligrube durch die Treuhandanstalt in einen langen Hungerstreik getreten waren, aber den Kampf letztlich verloren hatten, erfuhr ich von einer Mitkämpferin, der Pastorin Christine Haas, dass in der Region nun lauter alte, zum Teil reaktionäre Volksbräuche wiederbelebt werden: „Es ist aber auch eine deprimierende Situation“, entschuldigte sie die resignativ gestimmten Kalikumpel: „Während der Auseinandersetzungen, so anstrengend sie waren, ging es fast allen gut. Danach fiel alles auseinander. Vier starben sogar, viele wurden krank, einer bekam ein Stück Land wieder und kaufte sich eine Kuh – als die ein Kalb

gebar, ging es ihm wieder besser.“

Das dem sozialistischen Realismus verpflichtete Tanzspiel „Die Einzelkuh“ des „staatlichen Dorfensembles“ war seiner Zeit voraus, denn demnächst wird es Tierschutzgesetz, dass Herdentiere nicht mehr einzeln gehalten werden dürfen. Das gilt selbst für Meerschweinchen. ...

<http://www.taz.de/Die-Wahrheit!/5390294/>

**Einladung zur öffentlichen Frühjahrstagung der AbL
Niedersachsen/Bremen**

**Der Wolf, die Gans, der Hof. Wie kann das gehen?
Koexistenz Wildtiere und Landwirtschaft. Wer braucht welchen Schutz?
am 26. März 2017**

im Landhotel zur Linde,
Thedinghauser Straße 116, 27283 Verden

10.00 – 11.00 Uhr	Wolf und Weidehaltung , Frank Fass, Wolfscenter Dörverden
11.00 – 11.30 Uhr	Wildgänse und Grünland , Helmut Kruckenberg, TourNatur
11.30 – 12.00 Uhr	Statement vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel
12.00 -13.00 Uhr	Fragen und Diskussion

Der Unkostenbeitrag für Referenten und Verpflegung beträgt für den Vormittag ohne Mittagessen 15,00 €.

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de